

# Spangenberg Zeitung.

Ämtlicher Anzeiger  
für die  
Stadt Spangenberg.

Erscheint wöchentlich zweimal:  
Mittwoch und Sonnabend nachmittags.  
Anzeigenpreis vierteljährlich frei ins Haus  
1,20 M., durch den Besteller gebracht  
1,20 M., monatlich 40 Pfg.

Allgemeiner  
für Stadt

Telefon Nr. 27.

Schriftleitung, Druck u. Verlag



Anzeiger  
und Land.

Telefon Nr. 27.

Hugo Munzer, Spangenberg.

Ämtsblatt  
für das

R. Amtsgericht Spangenberg

Anzeigen-Gebühr:  
Die eingepaltene Zeile oder deren Raum 16 Pfg.  
für auswärtige 20 Pfg., Reklamazeile 30 Pfg.  
Bei groß. Aufträgen entsprechender Rabatt.  
Anzeigen bis Vorm. 9 Uhr erbeten.

Nr. 78.

Donnerstag, den 30. September 1920.

13. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

### Vergebung von Weißbinderarbeiten

Freitag, den 1. Oktober, mittags 12 Uhr, sollen auf dem Bürgermeisterrat Weißbinderarbeiten, die in der Handwerkschule auszuführen sind, öffentlich vergeben werden. Ueber Art und Umfang der Arbeiten wird auf Wunsch vorher Auskunft erteilt.

Spangenberg, den 25. September 1920.

Der Schulverbandsvorsteher,  
Schier

### Anmeldung des Bedarfs an Holz.

Für das Jahr 1921 soll das Losholz aus den Forstrevieren der Forstereien Pfieffe, Dörnback, Glasebach, Mörschhausen, Raltenbach und Günstersode abgegeben werden. Die Losholzberechtigten werden hierdurch aufgefordert, am **Donnerstag, den 30. September, nachm.** im Rathsaal zu melden und einen Bürgen mitzubringen.

Es haben zu erscheinen:

Uhr die Personen mit dem Namenanfangsbuchst. A—H, J—M, N—S, T—Z.  
Bei der Meldung sind auf das Kaufgeld 5.— M. anzuzahlen.

Spangenberg, den 27. September 1920.

Der Magistrat,  
Schier.

### Ankauf von Kartoffeln.

Die Stadt kauft bis zu 50 Ztr. Kartoffeln an. Angebote erbeten.

Spangenberg, den 27. September 1920.

Der Magistrat,  
Schier.

### Die öffentliche Sitzung

der Stadtverordnetenversammlung, die heute abend stattfinden sollte, ist auf Sonnabend, den 2. Oktober 1920, abends 7/8 Uhr verlegt.

Die Tagesordnung ist wie folgt geändert:

- Als Punkt 6 ist eingefügt:  
Beschaffung einer Feuerwehrlleiter (mechanische Schieberleiter) für die städtische Feuerwehr.
- Die bisherigen Punkte 6 und 7 erhalten die Nr. 7 u. 8.

Spangenberg, den 28. September 1920.

Siebert,

Stadtverordnetenvorsteher.

### Zuckerverteilung.

Auf die beiden ersten Monatsabschnitte Oktober kommen 1 Pfd. Inlandzucker zur Verteilung auf den letzten Abschnitt je nach Wahl 1/2 Pfd. Auslandzucker oder 1/4 Pfd. Kandis.

Das 1/2 Pfd. Auslandzucker kostet 3,70 M. und wird der Auslandzucker und der Kandis nur so lange der Vorrat reicht verabfolgt.

Außerdem kann auf alle drei Abschnitte 1 Päckchen Süßholz (H-Packung) verabfolgt werden.

Meldungen, den 25. September 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

### Anderweite Festsetzung des Zinsfußes für Sparanlagen.

Der Magistrat hat am 25. September 1920 auf Vorschlag des Vorstandes der städtischen Sparkasse folgendes beschlossen:

Der Zinsfuß für die Einlage bei der städtischen Sparkasse wird mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab von 4 auf 3% vom Hundert herabgesetzt. Dies gilt sowohl für die vorhandenen als auch für die neuen Einlagen.

Spangenberg, den 27. September 1920.

Der Magistrat,  
Schier.

### Preisabbau bei Schuhwaren.

Die Schuhmacher-Zwangssinnung für den Postbezirk Spangenberg mit dem Sitz in Spangenberg hat sich mit

dem Preisabschlag der Schuhmacherzwangssinnung in Meldungen einverstanden erklärt.

Demnach ist das Erfordernis eines Preisabschlages von 10—15% auch hier erfüllt.

Der Tarif hat nur für Einwohner des Kreises Meldungen Geltung.

Meldungen, den 23. September 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

### Preisabbau bei Schmiedearbeiten usw.

Die Zwangssinnung für das Schlosser-, Schmiede-, Klempner- und Kupferschmiedehandwerk für den Kreis Meldungen hat folgenden Beschluß gefaßt:

#### Beschluß:

Der Vorstand beschließt einstimmig, daß die Preise aller Arbeiten im Schlosser-, Schmiede-, Klempner- und Kupferschmiedehandwerk vom 1. Oktober 1920 um 10% herabgesetzt werden.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes diesen Beschluß durchzuführen.

#### Der Vorstand.

gez. A. Gipper, Obermeister.  
Das Erfordernis eines Preisabschlages von 10% ist damit erfüllt.

Meldungen, den 23. September 1920.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.

### Feststellung der deckfähigen Ziegen.

Die Ziegenhalter werden hierdurch aufgefordert, die Zahl ihrer deckfähigen Ziegen bis zum 5. Oktober auf dem Bürgermeisterrat (bei dem Hausmeister Schmidt) zu melden.

Es handelt sich um die Feststellung, wieviel Ziegenböcke erforderlich sind. Die Angaben liegen sonach im eigenen Interesse der Ziegenbesitzer.

Spangenberg, den 25. September 1920.

Der Bürgermeister,  
Schier

### Schlachten von Schafklammern.

§ 1. Das durch die Anordnung vom 28. Januar 1920 ausgesprochene Verbot der Schlachtung aller in diesem Jahre geborenen Schafklammer wird für Bodklammer und Hammellammer mit dem 1. Oktober d. Js. aufgehoben.

Ausnahmen von dem Verbot für weibliche Schafklammer dürfen — unbeschadet der Vorschrift im § 2 der Anordnung vom 28. Januar 1920 über Notzuschlachten — auch vom 1. Oktober ab nur aus dringenden wirtschaftlichen Gründen in der Regel nur für solche Klammer, die zur Aufzucht nicht geeignet sind, vom Landrat, in Stadtteilen von der Ortspolizeibehörde, zugelassen werden.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden gemäß § 5 der eingangs erwähnten Bekanntmachung mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Berlin, den 31. Juli 1920.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

## Aus der Heimat.

Spangenberg, 29. September. Im Silberkranz. Heute feiern Herr Fabrikant Louis Salzmann und Frau Helene geb. Meurer im engsten Familien- und Verwandtschaftskreise ihre Silberhochzeit. Viele Beweise der Liebe und Verehrung werden dem Jubelpaar auch aus der hiesigen Bürgerschaft entgegengebracht. Auch wir bringen ihm unsere herzlichsten Wünsche dar. Möge es ihm vergönnt sein nach abwärts 25 Jahren den goldenen Kranz zu tragen. Der Bläserchor brachte heute früh dem Jubelpaare ein erhebendes Morgenständchen.

Somburg. In einer gemeinschaftlichen Versammlung des Kreisbauernvereins, des Landwirtschaftlichen Kreisvereins und des Bundes der Landwirte wurde beschlossen, sämtliche Kartoffeln, auch die Vertragskartoffeln, zu 20 Mark je Zentner zu liefern. Für Anfuhr ist eine mäßige Gebühr zu entrichten.

Schwerer Einbruch. In der Villa der Prinzessin von Ratibor und Cordes in Paderborn ist ein schwerer Einbruch verübt worden. Es wurden dort Schmuckgegenstände im Werte von etwa 100 000 M. entwendet. Die Täter sind unbekannt entkommen. Sie waren mit den Mäulichtesten genau vertraut. Die Prinzessin befindet sich zurzeit auf Reisen. Die Gesellschaften und zwei Dienstmädchen schloßen im obersten Stockwerk, ohne das Geräusch gehört zu haben.

## Letzte Nachrichten.

### Arbeitsminister Dr. Brauns im Ruhrgebiet.

Der Reichsarbeitsminister hat sich ins Ruhrgebiet begeben, um auf Ersuchen der Bergarbeiterverbände eine Klärung der zwischen dem Bergverband und den Vertretern der Arbeitnehmer in der Tarifangelegenheit noch bestehenden Differenzpunkte herbeizuführen. Die Bergarbeiter verlangen eine weitere Lohnerhöhung von 6 Mark täglich für die unterirdisch beschäftigten Bergarbeiter und von 75 Pfennig pro Stunde für die oberirdischen Arbeiter, eine Forderung, deren finanzielle Lasten nach der Behauptung der Unternehmer ohne eine entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise vom Bergbau nicht getragen werden können. Arbeitsminister Dr. Brauns traf Donnerstag nachmittags in Bochum ein, um zunächst eine Aussprache mit den Vertretern der vier Bergarbeiterverbände und der Angestelltenorganisationen abzuhalten. Bei der in Bochum stattgefundenen Aussprache machte der Arbeitsminister die Arbeitgebervertreter darauf aufmerksam, daß eine Kohlenpreiserhöhung zur Durchführung der Lohnbewegung nicht möglich sei mit Rücksicht auf ihre bedenklichen Auswirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben. Man müsse unbedingt zu einem Preisabbau kommen, um die deutsche Wirtschaft aufrechtzuerhalten und zu verhüten, daß sie vom Weltmarkt abgeriegelt werde.

Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, Abgeordneter Osteroth, erklärte, daß auch der Reichswirtschaftsminister auf dem Standpunkt stehe, daß eine neue Kohlenpreiserhöhung nicht möglich sei. Das Spätere Abkommen beschränkte den Kohlenverbrauch der deutschen Wirtschaft so außerordentlich, daß im kommenden Winter mit einer großen Arbeitslosigkeit zu rechnen sei, wenn es nicht gelinge, die Kohlenförderung in den nächsten Monaten noch wesentlich zu steigern.

In der Aussprache kamen Vertreter fast aller im Bergbau beschäftigten Arbeiter- und Angestelltenorganisationen zu Worte. Von allen Seiten wurde auf eine baldige Sozialisierung des Bergbaues gedrängt und insbesondere die energische Inangriffnahme des Preisabbaues verlangt. Der Arbeitsminister erkannte rückhaltlos an, daß die Lage der Bergarbeiter sehr viel zu wünschen übrig lasse. Er versprach, seinen Einfluß in den Verhandlungen nach Möglichkeit geltend zu machen.

Der Minister hatte auch eine Besprechung mit den Vertretern des Bergverbandes, um die Auffassung der Unternehmenseite kennen zu lernen.

### Eröffnung der Brüsseler Konferenz.

Die deutschen Delegierten sind Donnerstag in Brüssel eingetroffen. Ein offizieller Empfang fand nicht statt. Ein großer Teil der übrigen 35 Delegationen ist schon eingetroffen. Die erste Sitzung im Parlamentsgebäude fand Freitag nachmittags statt. Sie wurde mit einer Ansprache des Präsidenten der Finanzkonferenz, dem ehemaligen Schweizerischen Bundespräsidenten Ador eröffnet. Danach beschäftigte man sich mit der Feststellung der Tagesordnung und anderen technischen Fragen.

### Polnische Aufstandspläne für den 1. Oktober.

Die Schlesiensche Volkszeitung, das Hauptorgan des schlesischen Zentrums, ist abermals in der Lage, einen polnischen Geheimbefehl zu veröffentlichen. Danach wurde auf der Versammlung des Oberkommandos am 19. September beschlossen, die eingeleitete Aktion aus den bekannten Gründen bis zum 1. Oktober zu verlegen. Bis zu dieser Zeit soll man mit den Vorbereitungen nicht aufhören, um die Aktion aufs Beste durchzuführen. Aus diesem Grunde beschloß die Versammlung, jedem Kommandanten in Gleibitz, Katowitz, Hindenburg, Beuthen und Tarnowitz je einen Sachinstrukteur beizugeben. Desgleichen sind die Waffen, wenn solche unter die Organisierten verteilt waren, einzuziehen, damit diese nicht beschlagnahmt werden. Dieses Befehl ist von dem Oberkommando gezeichnet und an die Bezirkskommandanten gerichtet.

## Chronik des Tages.

### Was jedermann wissen muß.

— Wie verlautet bereitet das Reichswirtschaftsministerium eine Vorlage über die Einführung eines wirtschaftlichen Dienstjahres vor.

— Im Ruhrgebiet sind täglich 128 000 Bergleute zur Förderung der Spaatollen tätig.

— Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat Minister Sebesring den Parteiführern der preussischen Regierungsparteien auseinandergesetzt, daß Neuwahlen in Preußen in diesem Jahre aus technischen Gründen nicht mehr stattfinden könnten.

— Die sozialistische Mehrheit des Berliner Stadtparlaments hat die Wahl des unabhängigen Dr. Schwenstein zum Oberstadtschulrat durchgesetzt.

— Die italienischen Arbeiter wollen trotz des mit den Arbeitgebern zustande gekommenen Vergleichs die Forderungen nicht räumen.

# Millerand — Präsident.

Mit 695 von 892 Stimmen gewählt.

Paris, 23. September. Das selbst: Millerand wurde mit 695 von 892 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt. — Auf den unifizierten Sozialisten Delegierten entfielen bei der Präsidentenwahl 60 Stimmen. Die übrigen Stimmen waren zerstückelt. Der Kongresspräsident Leon Bourgeois erklärte hierauf Millerand als vom Kongress zum Präsidenten der Republik gewählt.

## „Die Politik des Sieges wird fortgesetzt.“

Nach der Sitzung der Nationalversammlung übergab Justizminister Loubet Millerand die Urkunde seiner Ernennung zum Präsidenten der Republik und drückte ihm im Namen der Regierung seine Glückwünsche dar. Millerand antwortete u. a.:

„Das siegreiche Frankreich muß seine Ruinen wieder aufbauen, es muß seine Wunden verbinden, und um dies zu erreichen, muß es die vollständige Durchführung aller auf der Grundlage des Versailleser Friedensvertrages ihm gegenüber eingegangenen Verpflichtungen erlangen. Eine neue Parole ist ins Leben zu erheben, die französische Demokratie muß im Einvernehmen mit ihren Alliierten aber den Fortbestand und ihre weitere Entwicklung wachen. Der Präsident der Republik hat die besondere Aufgabe, unter Mitwirkung der Minister und der Präsidenten der Kammern die Fortsetzung einer Außenpolitik zu sichern, die unserm Sieges und unserer Zonen sicher ist.“

Die Rede Millerands wurde mit lang anhaltendem Beifall aufgenommen. Darauf begab sich der neue Präsident ins Oberhaus, wo ihm der Justizminister das Mandatsschreiben des Kabinetts überreichte. Nach Ansicht der Pariser Presse wird die durch die Wahl Millerands eingetretene Witterung rasch gelöst sein. Wie es den Anschein hat, hat Briand die meisten Aussichten, Nachfolger Millerands als Ministerpräsident zu werden. Alle anderen Kandidaten scheinen sich freiwillig zurückgezogen zu haben. In diesem Fall wird Briand auch Minister des Äußeren werden, und das Kabinett wird keinerlei sonstige Veränderungen erfahren.

Der neue 62jährige Repräsentant hat in verhältnismäßig jungem Alter das Ziel aller strebsamen französischen Politiker erreicht. Millerand ist von Beruf Anwalt und hat frühzeitig durch seine ungewöhnliche Belesenheit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gelenkt. Er ergab sich kaum 23-jährig der Politik und erreichte durch seine äußerst radikalen Reden, daß er 1884 zum Stadtrat von Paris und ein Jahr darauf zum Abgeordneten gewählt wurde, wo er sich der sozialistischen Partei anschloß. Er war lange Zeit neben Jaures der anerkannte Führer der Sozialisten. Ende der 90er Jahre zog er als Handelsminister ins Kabinett ein und zeigte von da ab eine so große Fähigkeit, daß er sich von den extremen Sozialisten scharfer Absonderung zuzog, die sogar seinen Ausschluß aus der Partei beantragten. Wenige Jahre vor dem Kriege übernahm er sogar im Kabinett Doincove das Kriegsportfolio und wandte sich damit immer mehr von den Sozialisten ab, während er bei der nationalpolitischen Partei ständig an Ansehen gewann. Nach Clemenceaus Rücktritt aus dem politischen Leben erhielt er dem französischen Parlament als der geeignete Staatsmann, der die bisherige Politik der Diktate und Repressalien gegenüber Deutschland fortsetzen würde. Und Millerand hat das Vertrauen seiner Anhänger gerechtfertigt. Seine Politik war von Spaas bis Wigs eine Kette von Erfolgen des französischen Imperialismus gewesen. Er hat es meisterhaft verstanden, die Drohung mit der Besetzung des Ruhrgebietes als ein stets brauchbares Pressionsmittel gegenüber Deutschland in die Hand zu bekommen, und wenn, was wir nicht hoffen und nicht erwarten, Oberstlesien uns tatsächlich verloren gehen sollte, so ist das in der Hauptsache Millerands Werk. Auch der Sieg Polens, wodurch die einzige Macht, die Frankreich gefährlich werden konnte, nämlich der Bolschewismus, zurückgedrängt worden ist, wäre sicher nicht so schnell und überraschend, wahrscheinlich aber nicht zur Lastge geworden, wenn in weniger rücksichtsloser, auf sein Ziel feuerender Weise die französische Politik gelenkt hätte. Was lag näher, als einen Mann, der solche Verdienste aufzuweisen hat, zum Präsidenten der französischen Republik zu wählen.

Man dürfte die einzige Möglichkeit für Deutschlands politische Zukunft darin liegen, daß man diesen Tag und nächsten rechnenden Mann davon zu überzeugen versteht, daß die künftige Größe Frankreichs auf ein besseres und sicheres Fundament gestellt wird, wenn sie sich an ein wenn auch nicht hartes, so doch über ein gesundes Deutschland anlehnt, als wenn es eine Wirtchaft in den Trümmern der unsrigen errichtet. Seine Antitrübende in dem Kongress läßt allerdings wenig Hoffnung auf eine grundlegende Wendung der Politik gegenüber Deutschland.

## Aufbesserung der Altpensionäre.

Durch Gewährung eines Pensionszuschusses.

Die seit langem angelegte Vorfrage zur Aufbesserung der Altpensionäre, d. h. derjenigen Beamten und Offiziere, welche vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand getreten sind und daher an den Vorteilen der neuen Besoldungsordnung nicht beteiligt sind, ist nun endlich fertiggestellt und dem Reichsrat zugegangen.

In dem Entwurf wird eine rechtliche Berücksichtigung zu völliger Gleichstellung der Altpensionäre mit den Neupensionären zwar nicht anerkannt, aus Billigkeitsgründen muß aber erkennen eine erweiterte finanzielle Fürsorge in Anlehnung an die Besoldungsreform gewährt werden. Das soll geschehen durch Gewährung eines Pensionszuschusses von 50 Prozent des Unterschiedes, der sich ergibt aus dem Vergleich der alten und neuen Pensionen mit den

neuen Bezügen, die den verrenteten Beamten und Offizieren zugesprochen wären, wenn bei ihrem Ausscheiden die neuen Besoldungsgehälter auf sie Anwendung gefunden hätten. Der vorgesehene Zuschuß soll von der reinen Pension und nicht von den sonstigen Bezügen, wie Kriegszulage und dergleichen, errechnet werden. Maßgebend ist auch nur die Pension, deren Höhe in den gesetzlichen Vorschriften ihre Grenze findet. Einen Zuschuß in derselben Höhe und in der gleichen Weise berechnet, erhalten auch Witwen und Waisen.

Die erhöhten Bezüge sollen allen Versorgungsberechtigten gewährt werden, ohne daß hierzu der Nachweis eines Bedürfnisses erforderlich ist. Im übrigen bleiben die bisher geltenden Vorschriften bezüglich der Ansetzung der Gehaltsansprüche in Kraft, so daß eine Anrechnung von Nebenentnahmen auch fernerhin wird erfolgen können.

Der Gehaltsaufschlag für Neu- und Altpensionäre, für Wartegeldempfänger und Waisen Kinderzuschläge in gleichem Umfange vor, wie dies durch das Besoldungsgegesetz für Kinder von aktiven Beamten und Offizieren vorgesehen ist. Ferner sollen sowohl die Neu- wie die Altpensionäre Feuerungszuschläge in Höhe von 50 Prozent desjenigen Betrages erhalten, den der Beamte oder Offizier nach Maßgabe des Besoldungsgegesetzes bei seiner Pensionierung zu beanspruchen berechtigt ist. Die Hinterbliebenen erhalten die gleichen Feuerungszuschläge, die ihre Ehegatten als Pensionäre erhalten haben oder erhalten hätten. Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse kann auf Antrag alle die Hälfte, bis zur vollen Höhe des Betrages, hinausgegogen werden.

Pensionäre, die aus Anlaß des Krieges 1914/18 im aktiven Heere oder als Beamte im Reichsdienst verwendet worden sind, erhalten nach Beendigung der Verwendung eine nach Maßgabe ihrer nunmehr verlängerten Dienstzeit berechnete Pension.

Das Pensionsergänzungsgegesetz soll mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft treten. Die Ausführungsbestimmungen hat der Reichsfinanzminister zu erlassen.

In diesem Entwurf sind eine Reihe von berechtigten Wünschen der Altpensionäre unberücksichtigt geblieben. Doch darf man sich der Hoffnung hingeben, daß Reichsrat und Reichstag die Vorlage in dieser Hinsicht einer wohlwollenden Nachprüfung unterziehen werden.

## Die erste Entwaffnungswoche.

Günstiges Ergebnis in Berlin und im Reich.

Die erste Woche der freiwilligen Ablieferungszettel für Militärwaffen ist zu Ende. Ihr Ergebnis ist durchaus befriedigend. In Berlin und seinen Vororten wurden an den sechs Ablieferungstagen der ersten Woche über 14 000 Gewehre und Karabiner, 165 Maschinengewehre und Maschinenpistolen, über 420 000 Schußmunition und sogar zwei vollständige Geschütze abgegeben. Das ist ein recht erfreuliches Resultat. Es kann dazu bemerkt werden, daß die Ablieferung wirklich allgemein war und sich nicht etwa auf bestimmte Stadtviertel beschränkte; ebenso waren unter den Abliefernden Angehörige aller Stände und Schichten vertreten. Bezeichnend ist, daß die Ergebnisse der ersten Tage schwächer waren als an den folgenden. Man kann daraus schließen, daß das Belanntwerden des Ablieferungsmodus mehr und mehr Zutragen zu der Ablieferung bei den Waffenbesitzern geschehen hat.

Aber auch die Meldungen, die über Ablieferungen aus dem Reich eingeangenen sind, berechtigen zu guten Hoffnungen auf das Endergebnis der freiwilligen Waffenablieferung. In vielen Städten sind die erreichten Zahlen im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße sogar günstiger als in Berlin. Es hat sich somit gezeigt, daß der Weg, den der Entwaffnungskommissar mit der Organisation der freiwilligen Ablieferung beschritten hat, der rechte gewesen ist. Die Zufriedenheit der Straflosigkeit und die zur Auszahlung gelangenden beträchtlichen Prämien sind die Hauptmomente, die zur Ablieferung anregen. Durch die Androhung von Strafen und durch Zwangsmaßnahmen allein wären in so kurzer Zeit niemals so erfreuliche Ergebnisse zustande gekommen. Es ist zu hoffen, daß sich weiterhin auch diejenigen, die noch Militärwaffen im Besitz haben, die Gelegenheit zunutze machen, sie auf gute Art los zu werden, denn die freiwillige Ablieferungszettel umfaßt nur noch wenige Wochen.

Schon vom 11. Oktober ab werden die ausgesetzten Prämien nur noch zur Hälfte, vom 21. Oktober ab gar nicht mehr gewährt werden. Endlich läuft auch die Möglichkeit zu freiwilliger Ablieferung und die zugesicherte Straflosigkeit mit dem 1. November überhaupt ab. Von dann ab werden die Waffenablieferungstellen nicht mehr bestehen, und die Waffen, die dann noch in den Händen der Zivilbevölkerung sind, werden auf dem Wege des Zwanges erfaßt und eingezogen werden. Ihre Besitzer müssen dann gewärtig sein, daß die harten Strafen des Entwaffnungsgegesetzes sie treffen.

Wenn sich die Hoffnungen weiterhin erfüllen, die diese ersten Tage der freiwilligen Ablieferungserreichte weit haben, so ist Deutschland einen guten Schritt vorwärts gekommen auf dem Wege zur politischen Gesundung und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau. Denn all die vielen Tausende von Gewehren und Maschinengewehren unschädlich gemacht sind, dann wird die Gefahr eines Bürgerkrieges gebannt, und eine starke Quelle des gegenseitigen Misstrauens zwischen den einzelnen Schichten der Bevölkerung verwickelt sein. Dem Ausland gegenüber wird Deutschland aber entgegen allen böswilligen Verdächtigungen beweisen haben, daß es von den friedlichen Absichten besetzt ist und den freien Willen hat, allen erfüllbaren Forderungen des Friedensvertrages nachzukommen. Deshalb will jeder, der noch Militärwaffen im Besitz hat, seine Pflicht, so lange es noch Zeit ist, erfüllen die Waffen ab!

## Der Kartoffelwucher.

Wachsende Erregung wegen der hohen Kartoffelpreise. Aus allen Teilen des Reiches wird eine immer wachsende Aufregung über die hohen Kartoffelpreise und die angebliche Verschwendung der Kartoffeln ins Ausland gemeldet. Die Regierung bis jetzt sehr geringe Anstalten gemacht, um den Preis abzugeben und gegen die Kartoffelwucherer energisch vorzugehen. Sie begnügt sich zunächst mit der Erklärung, daß die Nachrichten auf Verschwendung von Kartoffeln ins Ausland und deren Ankauf für fremde Länder unzutreffend sei. Im übrigen beweist sie auf, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten wegen der hohen Kartoffelpreise in einer demnächst zwischen den Produzenten und Gewerkschaften stattfindenden Verhandlung behoben werden sollen.

Unterdessen wächst die Erregung im Lande, und vielen Orten ist die Bevölkerung infolge des Preisanstiegs der Regierung zur Selbsthilfe gezwungen. In den Kreisen der Bevölkerung halten den von der Regierung im März dieses Jahres festgesetzten Höchstpreis für hoch und beschließen 20 Mark für den Zentner als ausreichend. In Sachsen fordern die landwirtschaftlichen Körperschaften die Landwirte auf, von 10 Hektar 10 bis 20 Zentner für diesen Preis abzugeben. Der Kartoffelwucherer ist in Deutschland sehr zahlreich an der sächsischen Grenze in der Gegend von Chemnitz an der Elbe, wo er sich in den letzten Tagen Maßnahmen getroffen werden mußten. — In Mecklenburg ist die Stimmung sehr erregt, weil der Preis der Kartoffeln dort der Preis von 30 Mark als viel zu hoch erscheint. Inzwischen ist an der holländischen Westküste der Preis schon auf 60—70 Mark gestiegen. Aus Westfalen wird berichtet, daß immer mehr Landwirte sich bereit erklären, an Winderbemittlungsstellen einen Teil ihrer Kartoffelernte für 16 Mark zu verteilen. Der allgemeine Kartoffelpreis in Westfalen schwankt zwischen 25 und 35 Mark. In Preußen, Minden, Westfalen, Schaumburg-Lippe, Schlesien, die Eisenbahnen, keine Kartoffeln zur Verfügung zu lassen, so lange nicht der Bedarf der Arbeiter gedeckt ist. In Magdeburg erfolglos Demonstrationen gegen die hohen Kartoffelpreise. In Darmstadt setzen sich die Gewerkschaften aller Richtungen mit den Landwirten in Verbindung, um in einer Konferenz über die Kartoffelpreise zu verhandeln.

## Der Sklave Europas.

128 000 Ruhrbergleute arbeiten für die Entente.

Auf Veranlassung der Deutschen Handelskammer in der Schweiz sprach Reichstagsabgeordneter H. u. v. Jülich über die Wirtshausversorgung. Hierbei wies der Redner auch darauf hin, daß England 84 Prozent, Deutschland bisher aber nur 57 Prozent seines Friedensverbrauchs an Rohlen decken konnte und außerdem noch das Abkommen von Spaa ausführen müsse. Deutschland und seine Arbeiterschaft seien ehlich bedrückt, trotz der ungeheuren Schwierigkeiten dies zu tun, was die Vermehrung der Arbeiterzahl, die Ueberwälzung und die Steigerung der Kohlenförderung bedingen. Gegenwärtig arbeiteten von 470 000 Arbeitern 128 000 Arbeiter im Ruhrgebiet für die Entente, der

täglich 77 Eisenbahnzüge

zu 70 Waggons Kohlen zu versetzt werden. Der französische Kohlenverbrauch sei nach den Angaben des französischen Arbeitsministers gegenwärtig mit 90 Prozent des Friedensbedarfes gedeckt, also bedeutend höher als der Englands. Frankreich holt große Kohlenvorräte an. Dies müsse bei der deutschen Arbeiterschaft Verunsicherung erregen, worunter die Förderung erneut leiden könnte. Sie sei auch nicht durch militärische Zwang zu erzwingen, wie das Spaagebeweis, w. trotz einer 25-prozentigen Vermehrung der Arbeiterschaft die Förderung um 55 Prozent zurückgegangen sei. Der Redner appellierte an die vorkriegsähnliche Einigkeit Frankreichs und hoffte, daß die Bergarbeiter nicht zur Verzweiflung treibe.

Erklärung eines Arbeitsdiensthafes.

Die Entente muß begreifen, daß die Kohle für uns die einzige Quelle ist, die uns Zahlungsmittel und Mittel zum Wiederaufbau liefert. Jetzt sind wir durch das Abkommen von Spaa gezwungen, der Entente monatlich zwei Millionen Tonnen Kohle zu einem Schmelzpreis zu liefern. Hätte man uns den Weltmarktpreis zugestanden, dann wären wir in die Lage versetzt, und die nötigen Lebensmittel und Rohstoffe zu beschaffen und damit unabhängig zu einer Gesundung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Lage zu kommen.

Doch die Entente hat es anders gewollt. So müssen wir uns eben nach einem anderen Weg umsehen, aus dem Finanzangeland herauszukommen. Der Verlaute trägt man sich im Reichskabinett mit dem Gedanken an ein Arbeitsdienstjahr einzuführen. Und zwar denkt man die Dienstpflichtigen vor allem in der Kohlenproduktion zu verwenden. Sämtliche brauchbaren jungen Kräfte des Volkes, etwa im Alter von 15 bis 25 Jahren, sollen sich auf Grund eines Gesetzes eine bestimmte Zeit ausschließlich dieser Arbeit widmen. Die auf diese Weise herangezogenen Kräfte sollen jedoch nicht allein im eigentlichen Bergbau Verwendung finden, sondern in allen Wirtschaftszweigen, die dem Bergbau dienen. Selbstverständlich dürften nur die für Bergbau geeigneten zu der Arbeitspflicht in den Bergwerken herangezogen werden.

Dieses Problem besonders in Verbindung mit dem vom Reichskabinett beschlossenen Sozialisierung des Bergbaus wird zweifellos in den nächsten Monaten in unseren Parlamenten und wirtschaftlichen Körperschaften eingehend erörtert werden.

## Politische Rundschau.

Im besetzten rheinischen Gebiet ist die Sicherheitspolizei (sind. Polizei) seitens des hohen Ausschusses der Alliierten zugelassen worden, jedoch mit der Bestimmung



# Ia. Thomasmehl

garantiert hochprozentige Ware  
Richard Mohr.

## Brillen! Brillen!

Neu eingetroffen!

Meine Brillengläser sind optisch geschliffen und mit hochfeiner Politur versehen, daher wohlthuend für die Augen und ermöglichen ein deutliches klares Sehen. Ferner habe ich einen Posten

### Mundharmonikas

(beste Marken) billig eingekauft und sind zu äußerst billigen Preisen zu haben.

### Friedmann's

Uhrenhandlung und Reparaturwerkstatt.

## J. Ziegler's

Privat-Handelsschule

CASSEL, Kölnigstraße 8

Fernsprecher 2590

Begründet in Cassel 1898.

Täglich beginnen f. Personen aller Stände (Damen wie Herren) neue Kurse in einfacher, dopp., amerik., landwirtsch. u. Hotel-Buchführung, Wechsel- und Handelslehre, Schön-, Recht- u. Briefschreiben, Rund- u. Lackschrift, Rechnen, Stenographie u. Maschinenschreiben.

Der gute Ruf der Schule bürgt für einen sicheren Erfolg.  
Lehrplan umsonst.

## Fahrbursch

welcher Wert auf Dauerstellung legt, wird sofort eingestellt mit Kost und Wohnung im Hause.

Karl Dörr, Cassel-Bettenhausen,  
Lackfabrik.

Carbolleneum, Steinkohlenteer, Leinölfirnis, Fußbodenöl, Zentrifugenöl, Maschinöl, Fischtran, Lederfett, Wagenfett

empfeilt

Richard Mohr.

Zentralverband deutscher

Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen

Monatsversammlung

am Sonntag, den 3. Oktober, nachmittags 2 Uhr im Gasthaus „Zum grünen Baum.“  
Vespreehung über einen abzuhaltenden Unterhaltungsabend.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Der Vorstand,  
J. A.: Brede.

## Ackerpflüge



## Eggen

Getreidereinigungsmaschinen  
Kartoffelquetscher, Runkelmühlen

billig

Richard Mohr.



## Transportable Kesselöfen

Herde, Kesselöfen

Richard Mohr.

## Holzverkauf.

Donnerstag, den 30. September

vormittags 10 Uhr, wird im Ratskeller eine gewisse Menge

## Nutz- und Brennholz

versteigert.

Spangenberg, 28. September 1920.

Der Magistrat  
Schier.

Verlade morgen am Bahnhof

## Schüttelobst

und Sonnabend von 2 Uhr ab nur

## gutes Obst

Hebeler.

## Ia. Schlemmkreide

empfeilt

Richard Mohr.

## Kartoffelsack

gefunden. Abzuholen gegen Einrückungsgebühr bei  
Lehrer Lepper.

## Tapeten und Borden

in großer Auswahl

Richard Mohr.

Empfehle äußerst preiswert  
in großer Auswahl

Baumwollkleiderstoffe, Schürzenstoffe, Robnessel, Reinleinen, Halbleinen, Haus-  
tuche in blau und weiß, Hemdenbarchent  
weiß und farbig, Hemdentuch, fertige  
Herrenhemden, Manchester, olivgrau,  
dunkelbraun und hellgrau.

Jakob Walter, Obertor 258.

Buchdruckerei

## HUGO MUNZER

Fernruf 27

Rathausstr. 141.

Fernruf 27

Anfertigung von

## DRUCKSACHEN

FÜR HANDEL, GEWERBE u. INDUSTRIE

in sauberer und geschmackvoller Ausführung  
zu angemessenen Preisen

Verlag d. Spangenbergger Zeitung



Von der Reise

Zurück

Dr. Hermanns

Cassel,

Bahnhofstr. 22.

Erteile

gründlichen

Nachhilfe-

Unterricht

in allen Fächern der höheren  
Schule.

Näheres sagt die Geschäfts-  
stelle d. Ztg.

# Hessischer Bankverein.

Aktiengesellschaft.

Abteilung Melsungen.

Erledigung aller bankmässigen Geschäfte.

Aufnahme von Spareinlagen zu günstigen  
Zinssätzen. An- u. Verkauf in- u. aus-  
ländischer Wertpapiere.

Aufbewahrung und Verwaltung von Wert-  
papieren.

Verlosungskontrolle, Stahlpanzerschrank.

Einziehung von Zins- u. Dividendenscheinen  
u. verlorster Wertpapiere.

Übersnahme von Vermögensverwaltungen.

Einrichtung von Scheckkonten zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs.